78. Jahrgang. Nr. 477 — Dienstag, 9. Oktober 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1. Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Oktober 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM. Postbezugspreis für Monat Oktober 3.40 RM. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rundfunkstreich und Volksbegehren

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 8. Okt. Die Einzeichnungsziffern für das kommunistische Panzerkreuzer-Volksbegehren bleiben in Berlin und vermutlich auch im Reiche weit hinter den Zahlen zurück, die seinerzeit bei dem Volksbegehren über die Fürstenabfindung erreicht wurden. In den ersten fünf Tagen des Volksbegehrens haben sich in Berlin insgesamt 75 197 Wähler gegen 436 543 bei der Fürstenabfindung eingetragen, so daß bisher also

nur ein Sechstel der früheren Zahl erreicht

wurde. Selbst der gelungene kommunistische Anschlag auf den Berliner Rundfunk hat also die Beteiligung am Volksbegehren nicht zu steigern vermocht. Was im übrigen die Beurteilung des kommunistischen Streiches angeht, so zeigen sich jetzt selbst in Berlin Pressestimmen, die den Sozialdemokraten anraten, doch nicht zu sehr in Wut zu schäumen. So schreibt heute der Demokratische Zeitungsdienst u. a. folgendes: „Man soll ganz ehrlich sein. Der Kommunistenstreich in Berlin hat doch bei allen, die von ihm lasen, zuerst eine, wenn auch nicht ganz ungetrübte, Heiterkeit erzeugt. **Es braucht doch eigentlich nicht wiederholt zu werden, daß kein ernsthafter Mensch diesen Unfug des Panzerkreuzer-Volksbegehrens mitmacht und die praktische Wirkung, die der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz mit seiner Radiorede erzielt hat, wird gleich Null bleiben.** Aber ein guter Einfall soll auch in der Politik Anerkennung finden, und gerade in einer Zeit, in der der Humor vor allem auch in der Politik so selten geworden ist."

Der „Vorwärts" schildert nun in vier Spalten den „kommunistischen Banditenstreich". Er weiß sich vor Empörung nicht zu lassen. Wenn die Leute vom „Vorwärts" wütend waren, so kann man das verstehen und eine ganz gute Antwort hat ja der „Vorwärts"-Redakteur Schiff dem Abgeordneten Schulz erteilt. Damit hätte man es aber genug sein und nicht in Druckerschwärze toben sollen, denn dieses Toben zeigt nur, daß der kommunistische Streich gut gelang. Da nun aber der „Vorwärts" so gar kein Verständnis für solchen „politischen Humor" aufzubringen vermag, so wird man gespannt darauf sein dürfen, ob nicht die Auslassungen des Demokratischen Zeitungsdienstes die demokratisch-sozialdemokratische Freundschaft trüben werden.

Der Falsche verhaftet

Berlin, 8. Okt. Heute nachmittag wurde Chefredakteur Heller von der „Welt am Abend" von der Kriminalpolizei in seiner Wohnung verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht, wo ihm vorgeworfen wurde, einer der Entführer des Redakteurs Schwarz gewesen zu sein. Heller stellte jede Beteiligung an der Angelegenheit in Abrede und verlangte die sofortige Ladung des entführten Schwarz, der dann auch die Aussage des Verhafteten voll bestätigte. Hierauf wurde Heller sofort in Freiheit gesetzt.

Die amtliche Erklärung

Berlin, 8. Okt. Vom Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums wird mitgeteilt: „Die Untersuchung der Vorgänge beim kommunistischen Ueberfall auf die Berliner Funkstunde am 6. Oktober hat ergeben, daß die Vorkehrungen zur Ueberwachung der gehaltenen Vorträge an sich ausreichend sind. Ein in einem besonderen Raum sitzender Angestellter hat die Aufgabe, alle Vorträge am Lautsprecher zu kontrollieren und nötigenfalls durch Betätigung eines besonderen Ausschalters zu verhindern, daß die Worte des Redners aus dem Sender gehen. In dem vorliegenden Falle ist der Kontrollbeamte unmittelbar nach Beginn der Rede des Kommunisten Schulz, der sich zunächst an den Wortlaut des Manuskriptes gehalten hat, anscheinend

planmäßig von seinem Platz durch Telephonanrufe weggelockt

worden. Er ist mehrfach hintereinander an das Telephon gerufen worden und hat, statt auftragsgemäß abzuhören, den Lautsprecher abgestellt und Telephongespräche abgewickelt. Auf diese Weise ist es möglich geworden, daß Herr Schulz seine Rede unkontrolliert hat zu Ende halten können. Der Angestellte wurde sofort seiner Kontrolltätigkeit enthoben.

Der Leitung der Funkstunde kann somit eine Schuld an dem Vorkommnis nicht ohne weiteres beigemessen werden. Die Einführung einer besonderen Kontrolle, ob sich auch der richtige Redner zum Vortrag einfindet, hatte sich bisher noch nicht als erforderlich erwiesen, weil die Redner der Funkstunde durch die vorherigen Verhandlungen stets bekannt sind und nicht angenommen werden konnte, daß an Stelle eines entführten Redners ein anderer erscheinen konnte. Auch der angesetzte Redner, Herr Schwarz, war der Funkstunde und dem Kontrollbeamten bekannt, und es ist unerklärlich, daß er trotzdem eine anderen an seiner Stelle zugelassen hat.

Das ganze Unternehmen war so geschickt angelegt und der angebliche Herr Schwarz ist mit solcher Sicherheit aufgetreten, daß der Kontrollbeamte sich hat völlig täuschen lassen. Dieser Fall erinnert übrigens an die Novembertage 1918, als in Berlin unter dem Titel einer großen rechtsstehenden Zeitung Mitteilungen des Spartakusbundes verbreitet wurden.

Wie die T.-U. erfährt, hat sich der Ueberwachungsausschuß beim Rundfunk am Montag mit der Frage, wie die Wiederholung eines Mißbrauches des Rundfunks durch Unbefugte zu verhindern sei, eingehend beschäftigt. **Es ist vorgesehen worden, daß der die Kontrolle ausübende Ansager in Zukunft während seiner Dienstzeit nicht mehr telephonisch angerufen werden darf, so daß er künftig von seiner Tätigkeit nicht mehr wird abgehalten werden können. Weitere Maßnahmen des Reichsinnenministeriums in dieser Angelegenheit sind nicht zu erwarten.**

17 Tote bei einem Gefängnisbrand

In einer amerikanischen Strafanstalt

London, 8. Okt. Nach Meldungen aus Neuyork sind infolge eines Brandes im Schlafsaal des Staatlichen Strafgefängnisses von Ohio 17 Gefangene verbrannt. Das Feuer brach plötzlich nachts aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit, wodurch eine große Verwirrung entstand und zahlreiche Gefangene zu entfliehen versuchten. In dem Schlafsaal waren 28 Gefangene untergebracht. Außer den Verbrannten haben acht weitere Gefangene so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Zu dem Brand wird noch berichtet, daß **insgesamt 28 Sträflinge vermißt werden.** Davon dürften 17 in den Flammen umgekommen sein, während drei den Brand benutzt haben, um zu flüchten. Der niedergebrannte Schlafsaal war ein einstöckiges Holzgebäude, das in wenigen Minuten vollständig in Flammen stand. Unter den Sträflingen brach eine Panik aus. Zwei Türen des Schlafsaales wurden von den Gefängnisbeamten geöffnet, die dritte wurde von den flüchtenden Sträflingen selbst eingeschlagen. Es wird angenommen, daß das Feuer durch die defekte Isolierung einer in einem Wäscheschrank untergebrachten elektrischen Leitung ausgebrochen ist. Der bei der Oeffnung der Saaltüren entstandene Luftzug hat dann die schnelle Ausbreitung der Flammen begünstigt.

20 Arbeiter von einem Erdrutsch verschüttet

Sieben Tote

Rom, 8. Okt. Bei Neapel wurden 20 Erdarbeiter, die beim Bau der Straße Arenella Capella bei Cangiani beschäftigt waren, von einem Erdrutsch verschüttet. Erst nach schwierigen Rettungsarbeiten gelang es der Feuerwehr, einen Teil der Verunglückten zu retten. Sieben Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, 13 weitere mit schweren Verletzungen.

Starkes Erdbeben in der Türkei

Konstantinopel, 8. Okt. Wie aus Angora amtlich gemeldet wird, hat sich in einem der türkischen Vilajets ein starkes Erdbeben ereignet. Drei Dörfer sind verschüttet, 17 Dörfer und Flecken haben erheblichen Schaden erlitten. Die Regierung hat auf Anweisung Kemal-Paschas Truppen nach dem betroffenen Gebiet zur Hilfeleistung entsandt. Die Zahl der betroffenen Personen und Gebäuden ist noch nicht festgestellt.

Bombenattentat in Indien

London, 8. Okt. Wie aus Bombay gemeldet wird, ist auf den Vorsitzenden des Komitees der indischen Zentralregierung, Sir Sankaran Nair, der gleichzeitig als Vertreter Indiens für die Zusammenarbeit mit der Simon-Kommission ausgewählt wurde, ein Anschlag verübt worden. Ein Wagen des Zuges, in dem sich Sir Sankaran Nair nach Bombay begeben wollte, um die Ankunft der Simon-Kommission zu erwarten, wurde bei Manmad in die Luft gesprengt. Drei Reisende wurden getötet und acht verletzt, von denen inzwischen zwei gestorben sind. Nach einer weiteren Meldung befand sich Sir Sankaran Nair nicht in dem Unglückszug, sondern traf aus Simla in Bombay ein.

Einbruch und Raubmordversuch

Im neuen Darmstädter Palais

Darmstadt, 8. Okt. Heute nacht wurde im Neuen Palais, das noch von dem ehemaligen Großherzog von Hessen bewohnt wird, ein Einbruchsdiebstahl mit Raubmordversuch verübt. Als der Hofmarschall Graf Kuno von Hardenberg etwa 2 Uhr nachts heimkehrte und seinen Wohn- und Dienstraum im Palais betrat, wurde er von mehreren Personen überfallen und durch Schläge und Stiche schwer verletzt. Die Einbrecher nahmen dann dem Bewußtlosen die Schlüssel ab und raubten fast sämtliche in den Räumen vorhandenen Wertgegenstände. Mit der Beute verließen sie ungestört das Palais und schlossen die Räume von außen ab. Graf Hardenberg konnte noch die Polizei alarmieren. Er wurde dann ins Krankenhaus gebracht, wo er mehrere Stunden bewußtlos lag. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur. (WTB.)

Existenzkampf des Mittelstandes

Im deutschen Mittelstand, der zurzeit in Braunschweig eine große Tagung abhält, hat man stets mit sicherem Instinkt empfunden, daß trotz aller schönen Worte vom Schutz des kleinen Mannes die Sozialdemokratie doch der schlimmste Feind des Mittelstandes ist. Die Gründe dieser Gegnerschaft beruhen auf der sozialistischen Tendenz der Organisation der Massen, die notwendig mittelstandsfeindlich sein muß. Während der Mittelstand durch den Einzelbetrieb gekennzeichnet und auf dem geschäftlichen Wagemut sowie der Tüchtigkeit der Einzelperson aufgebaut ist, strebt die Sozialdemokratie die Zusammenfassung der Massen in Genossenschaften an. In geradezu erschütternder Weise wird nun diese Gefährdung des Mittelstandes dargelegt durch den letzten Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Genossenschaftsvereine und durch die Mitteilungen des „Vorwärts" über das Anwachsen des Berliner Konsums unter der charakteristischen Ueberschrift „Macht organisierter Verbraucher". Man muß die Zahlen aufmarschieren lassen, weil sie trotz ihrer nüchternen Sprache doch eine überzeugende Darstellung geben von der Vernichtungsgefahr, die dem Mittelstand durch die Konsumgenossenschaften droht. Allein der Jahresumsatz des Berliner Vereins ist in den Jahren 1924 bis 1926 von 28 auf 52 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Geschäftsleitung hat berechnet, daß jedes Mitglied bereits heute für 1 Reichsmark täglich im Konsum einkauft. Die Zahl der im Gesamtverbande organisierten Mitglieder hat sich von 1,7 (1913) auf 3,19 Millionen erhöht. Die Verteilungsstellen sind von 5108 auf 8750 gestiegen. Und der Gesamtumsatz des Konsums ist in der gleichen Zeit von 691 auf 1052 Millionen Reichsmark emporgeschnellt. Nichts kann besser als diese Zahlen die ungeheuere, in den Händen des Zentralverbandes liegende wirtschaftliche Macht dokumentieren. Und diese Macht richtet sich in erster Linie gegen alle erwerbstätigen Schichten des deutschen Mittelstandes. Der sozialistische Reichstagsabgeordnete und Konsumvereinsführer Heinrich Pëus (Dessau) rief schon 1904 aus: „Herunter mit dem Mittelstand! Alle müssen sie die Bude zumachen!" Auf der Verbandstagung 1919 forderte er, daß die Konsumgenossenschaften im Mittelpunkte der Sozialisierung stehen müßten. In den späteren Jahren haben zwar die Konsumvereinsführer derartige offene Bekenntnisse nicht mehr abgegeben, sondern eine vorsichtigere Taktik eingeschlagen und die Sozialisierung als Gemeinwirtschaft, Wirtschaftsdemokratie oder anderes bezeichnet. Doch auch das Gewand aus diesen neuen Schlagworten kann den wahren Charakter der Konsumvereine nicht verhüllen, die nach wie vor ausgesprochen mittelstandsfeindlich sind.

Der Konsum, der bereits durch seine Großeinkaufsgesellschaften von jeher den Groß- und Einzelhandel bedrohte und schädigte, ist in den letzten Jahren auch zu einer gefährlichen Konkurrenz des Handwerks geworden. Der Mehrumsatz an Erzeugnissen aus eigenen Konsumbetrieben ist im ersten Vierteljahr 1928 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1927 um 90 Prozent gestiegen. Ein Beweis dafür, daß die Errichtung eigener Produktionsstätten im letzten Jahre geradezu riesige Fortschritte gemacht haben muß. So sind in Magdeburg eine Großmühle, in Berlin eine Großbäckerei, die wöchentlich 80 000 Brote backt, und in anderen Städten neue Fleischwaren- und Wurstfabriken gebaut worden. Aus den Mitteilungen des „Vorwärts" geht ferner hervor, daß immer noch an Erweiterungen gedacht wird, da diese Betriebe den Bedarf nicht decken können. Wieviel selbständige Mittelstandsexistenzen des Müllerei-, Fleischer- und Bäckereihandwerks sowie des Einzelhandels haben zugrundegehen müssen, damit dieser Aufschwung der Konsumvereine möglich war. Neuerdings haben sich nun die Konsumgenossenschaften auch dem Bankgeschäft zugewandt. Ein großer Teil der etwa 100 Gewerkschaftsbanken hat nämlich dem Konsum die erheblichen Mittel für die Errichtung zahlreicher eigener Produktionsstätten zur Verfügung gestellt. Da nun die Gewerkschaftsbanken ihr Geld vor allem von den sozialistischen Organisationen und der S. P. D. erhalten, so hat die Finanzierung der Konsumvereine durch die Arbeiterbanken vor der Oeffentlichkeit die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen der Sozialdemokratie, den freien Gewerkschaften und den Konsumvereinen aufgedeckt. Obwohl an der sozialistischen und mittelstandsfeindlichen Einstellung des Zentralverbandes der Genossenschaften kein Zweifel sein kann, unterstützen trotzdem Reich, Staat und Gemeinden immer noch die Bestrebungen der Konsumvereine. Sie erhalten zu sehr annehmbaren Bedingungen große Kredite aus öffentlichen Mitteln. Sie genießen eine steuerliche Bevorzugung, indem sie von der Körperschafts- und Gewerbeertragssteuer befreit sind, sowie Vergünstigungen bei der Kapitalverkehrs- und auch anderen Steuern bekommen. Das ist eine unverantwortliche Haltung der öffentlichen Verwaltung, weil sie in den Konkurrenzkampf zwischen selbständigem Mittelstand und Konsumvereinen durch jene Steuervorteile zugunsten der privatwirtschaftsfeindlichen sozialistischen Genossenschaften eingreift.

Leider ist man sich im deutschen Mittelstand noch immer nicht völlig klar darüber, wie groß die Gefahren sind, die von den Konsumvereinen drohen. Denn sonst wäre es nicht **möglich, daß 1927 noch 176 800 selbständige Gewerbetreibende, rund 118 000 selbständige Landwirte und mehr als 200 000**